

Große Anfrage

der Abgeordneten Ulrike Flach, Birgit Homburger, Horst Friedrich (Bayreuth), Hildebrecht Braun (Augsburg), Rainer Brüderle, Ernst Burgbacher, Jörg van Essen, Hans-Michael Goldmann, Dr. Karlheinz Gutmacher, Klaus Haupt, Ulrich Heinrich, Walter Hirche, Dr. Werner Hoyer, Ulrich Irmer, Dr. Heinrich L. Kolb, Jürgen Koppelin, Ina Lenke, Jürgen W. Möllemann, Günther Friedrich Nolting, Hans-Joachim Otto (Frankfurt), Cornelia Pieper, Dr. Günter Rexrodt, Dr. Edzard Schmidt-Jortzig, Marita Sehn, Dr. Hermann Otto Solms, Carl-Ludwig Thiele, Dr. Dieter Thomae, Dr. Wolfgang Gerhardt und der Fraktion der F.D.P.

Biologisch abbaubare Werkstoffe

Die Agenda 2000 stellt die deutsche Landwirtschaft auch im Bereich der Produktion nachwachsender Rohstoffe vor neue Herausforderungen. Die zusätzlichen Belastungen durch die Agenda 2000 müssen durch neue Marktsegmente und Marktstrategien ausgeglichen werden. Dabei könnte der verstärkte Anbau nachwachsender Rohstoffe und insbesondere biologisch abbaubarer Werkstoffe (BAW) eine wichtige Rolle spielen. Nachwachsende Rohstoffe und BAW als biologische Verpackungen können einen bedeutenden Beitrag zur Erreichung der Klimaschutzziele leisten, da sie weitgehend CO₂-neutral sind. Wie die alternativen Energieträger Biomasse und Biokraftstoffe haben auch die alternativen Verpackungsmaterialien einen hohen agrar- und umweltpolitischen Wert. Sie werden vollständig in den Naturkreislauf zurückgeführt, entsprechen damit der Zielvorstellung des Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetzes.

BAW aus nachwachsenden Rohstoffen entsprechen auch der von den EU-Umweltministern anlässlich ihres Treffens in Weimar 1999 propagierten „Integrierten Produktpolitik“ (IPP), deren Ziel es u. a. ist, den Stoffkreislauf von der Produktion bis zur Entsorgung ökologisch auszurichten. Mit der EU-Verpackungsrichtlinie besteht ein verbindlicher rechtlicher Rahmen für die Mitgliedstaaten, Produkte aus BAW zu nutzen.

Eine wirksame IPP kann nur mit, nicht gegen den Markt entwickelt werden. Dabei ist es die Aufgabe des Staates, Rahmenbedingungen zu setzen, die zur Marktreife führen ohne dauerhafte Subventionstatbestände zu schaffen. Von 1990 bis 1999 wurden 65 Forschungsvorhaben aus dem Bereich BAW aus nachwachsenden Rohstoffen mit einem Betrag von insgesamt 38 Mio. DM gefördert. Die alte Bundesregierung hat 1998 im Bericht des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten „5 Jahre nachwachsende Rohstoffe 1993–1997“ angeregt, eine Gesamtkonzeption „Nachwachsende Rohstoffe“ – erweitert um Nachhaltigkeitskriterien – zu erarbeiten.

Die breite Markteinführung von BAW ist bisher nicht gelungen. Dies hatte seine Ursachen auch in der lange Zeit herrschenden Unsicherheit der ökologischen Bewertung, insbesondere der Frage der vollständigen Bioabbaubarkeit (Kompostierung).

Bei den BAW aus nachwachsenden Rohstoffen haben sich zwei Produktlinien entwickelt, einerseits basierend auf Stärke, andererseits basierend auf Polymilchsäure mit der Zuckerrübe als Rohstoff.

Aufgrund der zahlreichen Vorteile, die biologisch abbaubare Rohstoffe für den Umweltschutz haben, und vor dem Hintergrund der wachsenden Probleme, die gesteckten Klimaschutzziele zu erreichen, ist eine Schwerpunktsetzung bei der Markteinführung der BAW geboten.

Wir fragen deshalb die Bundesregierung:

1. Wie beurteilt die Bundesregierung nachwachsende Rohstoffe hinsichtlich ihres Beitrages zum Klimaschutz?
2. Wie bewertet die Bundesregierung die Bedeutung von nachwachsenden Rohstoffen insbesondere hinsichtlich der im Kyoto-Protokoll zum Klimaschutz geforderten sog. „Senken“?
3. Ist die Bundesregierung bereit, angesichts der Veränderungen für die deutsche Landwirtschaft durch die Agenda 2000 den Bereich nachwachsender Rohstoffe, insbesondere BAW, als ein zukünftiges, alternatives Geschäftsfeld der Landwirtschaft in Deutschland verstärkt zu fördern?
4. Wie beurteilt die Bundesregierung die Chancen der Marktentwicklung von BAW?
5. Welche Erkenntnisse liegen der Bundesregierung über die Zahl der Arbeitsplätze in diesem Bereich vor?
6. Welche Forschungs- und Entwicklungsvorhaben im Bereich der BAW werden gegenwärtig von der Bundesregierung gefördert (bitte nach Ressorts auflisten)?
7. Welchen finanziellen Umfang haben die einzelnen Förderprogramme?
8. Welches Förderkonzept verfolgt die Bundesregierung nach dem Auslaufen des Förderkonzeptes „Nachwachsende Rohstoffe“ im Jahr 2000 für die Folgejahre?
9. Ist die Bundesregierung bereit, im Rahmen eines neuen Förderkonzeptes die Produktion von BAW aus Polymilchsäure zu einem Schwerpunkt zu machen?
10. Ist die Bundesregierung bereit, eine Gesamtkonzeption „Nachwachsende Rohstoffe“ zu erarbeiten, wie es der Bundesrat bereits 1988 vorgeschlagen hat, und in diese Gesamtkonzeption auch das Kriterium der Nachhaltigkeit einzubeziehen?
11. Welche Anstrengungen unternimmt die Bundesregierung, um im Beschaffungswesen der öffentlichen Hand als Abnehmer umweltfreundlicher Produkte die Markteinführung von BAW zu fördern?
12. Wie steht die Bundesregierung zu einer Erfassung und Sammlung von BAW über die Biotonne?
13. Wie steht die Bundesregierung zu einer Erfassung und Sammlung von BAW über ein getrenntes Erfassungssystem?

14. Welche Erkenntnisse liegen der Bundesregierung über Ergebnisse des im Großraum Magdeburg geplanten Großversuches einer Erfassung und Sammlung von BAW über die Biotonne vor?
15. Ist die Bundesregierung bereit, die Düngemittelverordnung dahin gehend zu ändern, dass BAW als Ausgangsstoffe für Düngemittel zugelassen werden können?
16. Wie steht die Bundesregierung zur Einbeziehung von BAW aus nachwachsenden Rohstoffen in die Definition von Sekundärrohstoffdünger, angesichts der Einschätzung im Agrarbericht 1999, wonach die Vorschriften zur guten fachlichen Praxis der Düngung hinsichtlich eines Abbaus der Nährstoffüberschüsse in den Böden positiv bewertet werden?
17. Wie kann die Produktion von Produkten aus Polymilchsäure aus Sicht der Bundesregierung am Standort Deutschland forciert werden?
18. Welche Möglichkeiten für die Nutzung der Zuckerrübe als Lieferant von Verpackungsmaterial ergeben sich aus Sicht der Bundesregierung im Rahmen neuer Verhandlungen über eine Marktordnung für Zucker nach dem Auslaufen der Zuckermarktordnung im Jahr 2001?

Berlin, den 14. Dezember 1999

Ulrike Flach
Birgit Homburger
Horst Friedrich (Bayreuth)
Hildebrecht Braun (Augsburg)
Rainer Brüderle
Ernst Burgbacher
Jörg van Essen
Hans-Michael Goldmann
Dr. Karlheinz Gutmacher
Klaus Haupt
Ulrich Heinrich
Walter Hirche
Dr. Werner Hoyer
Ulrich Irmer
Dr. Heinrich L. Kolb
Jürgen Koppelin
Ina Lenke
Jürgen W. Möllemann
Günther Friedrich Nolting
Hans-Joachim Otto (Frankfurt)
Cornelia Pieper
Dr. Günter Rexrodt
Dr. Edzard Schmidt-Jortzig
Marita Sehn
Dr. Hermann Otto Solms
Carl-Ludwig Thiele
Dr. Dieter Thomae
Dr. Wolfgang Gerhardt und Fraktion

